21.06.89

Antrag*)

der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP und der Fraktion DIE GRÜNEN

Todesurteile in der Volksrepublik China

Der Bundestag wolle beschließen:

Die chinesische Regierung hat die weltweiten Appelle, zu einer Politik des Dialogs mit der Demokratiebewegung zurückzufinden und die Verhaftungs- und Repressionswelle gegen deren Exponenten einzustellen, bisher taten- und kommentarlos übergangen. Statt dessen hat sie bereits in ersten Schnellverfahren Todesurteile gegen Arbeiter und Studenten verhängt, die jetzt in drei Fällen in Schanghai vollstreckt worden sind.

Der Deutsche Bundestag verurteilt die Vollstreckungen aufs schärfste und bekräftigt den Inhalt seiner gemeinsamen Entschließung vom 15. Juni 1989 (Drucksache 11/4790). Darüber hinaus fordert er gemeinsam mit der Bundesregierung die chinesische Regierung mit Nachdruck auf, weitere Todesurteile nicht zu vollstrecken, die Angeklagten zu begnadigen und alle politischen Prozesse niederzuschlagen.

Bonn, den 21. Juni 1989

Dr. Dregger, Dr. Bötsch und Fraktion

Dr. Vogel und Fraktion

Mischnick und Fraktion

Dr. Lippelt (Hannover), Frau Oesterle-Schwerin, Frau Dr. Vollmer und Fraktion

^{*)} ersetzt durch Antrag Drucksache 11/4873

-				
				•
	-			
	•			
			•	
				•
				•